

Das Wochenmagazin SEMANA geht ein auf die Vorschläge der FARC zu politischen Reformen in Kolumbien (12.8.2013):

Kolumbien – wie die FARC es sieht

In ihren Vorschlägen zur politischen Partizipation argumentiert die Guerrilla, als habe sie 50 Jahre als politische Partei gewirkt und nicht geschossen.

In den vergangenen Wochen hat die FARC von Havanna aus alle Arten von Vorschlägen lanciert, die nicht nur im Detail ein Bild des Kolumbiens zeichnen, das sie anstrebt (und zwar eindeutig a la Chávez), sondern erstmals auch davon, wie sie sich als politische Bewegung ohne Waffen selbst vorstellt. Einiges daran könnte positiv dahingehend wirken, dass sie wirklich Willen zum Frieden hat, denn es deutet darauf hin, dass sie ihre Aufstellung für Verhandlungen präpariert. Aber gleichzeitig schwirrt eine Frage umher: Verstehen die Leute um Timoschenko, von welchem Land sie reden?

Seit Beginn der 12. Verhandlungsrunde am 28.Juli hat sich die Guerrilla damit beschäftigt, tagtäglich eine Liste von "Minimalvorschlägen" zur politischen Partizipation, dem Punkt 2 von sechs Punkten auf der Tagesordnung, herunterzuleiern, wie sie das schon beim Agrartheme getan hatte. Die Ideen reichen von verhandelbar bis unmöglich.

Die FARC hat darum gebeten, ihr Sitze im Kongress, den Departementsversammlungen und den Stadt- und Gemeinderäten zuzuerkennen. Sie hat gefordert, dass alle Guerrilleros ohne Rücksicht auf Verbrechen, die sie begangen haben könnten, politisch aktiv werden und sich für Wahlämter qualifizieren können. Sie fordert die Demokratisierung der Medien und die Finanzierung ihrer eigenen Zeitungen und Kanäle durch den Staat. Sie schlägt die Ersetzung des Repräsentantenhauses durch eine Territorialkammer vor, für die sie bereits eine Zusammensetzung vorschlägt. Weiter lehnt sie Entscheidungen einer Übergangsjustiz total ab, die nicht zuvor von ihr gebilligt sind.....

Iván Márquez (Verhandlungsführer der FARC, A.d.Ü.) wertete den Übergangs-Rechtsrahmen, der zurzeit vom Verfassungsgericht geprüft wird, als "einseitige Initiative der Regierung" ab, die "keinerlei positive Rolle im Friedensprozess" spielen werde.

Er sagte, der Rechtsrahmen sei nicht mit der Guerrilla diskutiert worden und stamme von einem Staat, der es nicht vermocht habe, die FARC zu besiegen und keinerlei Berechtigung habe, Initiativen zu einer Übergangsjustiz sich zu eigen zu machen. Auch kritisierte er den als Experten gehörten Richter, der Teile seiner Stellungnahme an die Medien durchsickern lassen habe.

In einer anderen Darlegung beruft sich die FARC auf die "bürgerliche Realität", die sie selbst nie anerkannt hat, indem Pablo Catatumbo den Staat als verantwortlich für alle Opfer des Konflikts erklärte: "Da es weder Sieger noch Besiegte gibt und der Konflikt nicht beendet ist, weil der Staat...dies nicht will, ist folglich der Staat der Hauptverantwortliche für die Konsequenzen des Kampfes", sagte er und schlug eine Kommission mit internationaler Beteiligung vor, die untersuchen solle, welche Verantwortung das Zweiparteien-System, die Medien, die Kirche, ausländische Mächte, Großgrundbesitzer, Unternehmer und der Finanzsektor an dem Konflikt trügen. Also alle, außer der FARC.

Die zehn Vorschläge zum Medienzugang tragen klar die Kennzeichen von Chávez und von dem, was Präsident Correa in Ecuador macht. Dazu gehört die Einrichtung eines Kontrollrates, ein Regulierungsgesetz, das Verbot von Monopolen, die Garantie, dass die Inhalte "nationalen

Zielen dienen“, die Schaffung des Zugangs zu den Medien für die Opposition und die Schaffung “Nationaler Kanäle”.

Erstmals stellt sich die FARC dar in der Eigenschaft einer politischen Bewegung. Um in die Legalität überzuwechseln, fordert sie institutionelle Veränderungen, um “die politischen Rechte für alle Angehörigen der Guerrillaorganisation zu garantieren”.....

Sie strebt eine spezielle staatliche Finanzierung an und einen Vertreter im Nationalen Wahlausschuss und darüber hinaus den Zugang zu den staatlichen Medien, indem man ihnen eine Tageszeitung, einen Fernsehkanal und eine Theoriezeitschrift finanzieren soll. Und sie beansprucht Maßnahmen zu ihrer Sicherheit, überwacht durch eine Kommission unter internationaler Beteiligung.

Sie hat eine Verfassungsgebende Versammlung gefordert, Änderungen in der Struktur und Doktrin von Polizei und Streitkräften, Abschaffung des Präsidialsystems, Wahl von Ombudsmann, Oberstaatsanwalt, Rechnungshofpräsidenten und Prokurator durch die Bevölkerung, ein Statut für die Opposition sowie eine grundlegende Reform des Wahlsystems und der Parteien.....

Die FARC möchte das Recht der Opposition, bei internationalen Angelegenheiten, in Sicherheits- und Verteidigungsfragen und der Justizverwaltung vorangehört zu werden. Sie fordert Sitze im Beratergremium für auswärtige Angelegenheiten, im Zentralbankrat und in der Nationalen Wahlkommission. Und sie verlangt Steuererhöhungen, “mindestens auf das niedrigste Niveau, das OECD-Staaten haben”.

Bisher hat die FARC rund 50 Einzelvorschläge zum Thema vorgelegt und es könnte sein, dass sie wie beim Agrartheme am Ende auf 100 Vorschläge kommt. Einige darunter sind verhandelbar oder sogar zum Thema gehörig. Aber andere liegen so eindeutig außerhalb der vereinbarten Agenda, dass in einigen Fällen sogar die FARC selbst nicht auf ihnen bestehen wird.

Einerseits stecken all diese Vorschläge das politische Programm ab, das die FARC sichtlich seit Beginn der Verhandlungen vor fast einem Jahr aufbaut.

Außerdem spricht die FARC erstmals so, als sähe sie sich schon in der Legalität. Es sind ein Programm und eine Vision, die für die meisten Kolumbianer nicht akzeptabel sein dürften, die jedoch, falls die Guerrilla die Waffen niederlegt und den Konflikt beendet, zurecht diskutiert und in Wahlkämpfen vertreten werden sollten. All dies zeigt eine Guerrilla auf der Suche nach Anerkennung als politisches Subjekt und als verpflichtet auf die vereinbarten Verhandlungsregeln.

Dennoch besteht der große Kurzschluss in diesen Verhandlungen darin, dass die FARC von Politik reden will, während die überwältigende Mehrheit im Land etwas hören will bezüglich des Anerkennens ihrer Verbrechen, der Bitte an die Opfer um Entschuldigung und bezüglich irgend-einer Art von Wiedergutmachung. Dies zu verstehen im Sinne von “Anzahlung” für Konzessionen, die man ihnen dann einräumen könnte.

Versteht die FARC, dass die kolumbianische Gesellschaft und sie selbst sich auf völlig verschiedenen Wellenlängen befinden? Versteht die FARC, dass, solange es nicht Wahrheit und Verzeihung gibt, es sehr schwierig ist, dass die Kolumbianer auch nur die Unterschrift unter ein Abkommen akzeptieren werden?

Für viele Kolumbianer ist es recht zynisch und widersprüchlich, die Guerrilleros von Politik sprechen und Vorschläge zu diesem und jenem zu hören, so als hätten sie niemals während so

vieler Jahre Verbrechen gegen die Humanität begangen. Darin besteht ein Unterschied zum Staat, der den Konflikt, die Opfer und die Verantwortung seiner Bediensteten für schwere Verletzungen der Menschenrechte anerkannt hat.

Dennoch fehlt auch dem Staat noch viel in dieser Hinsicht. Aber falls die FARC –vielleicht aus Furcht vor Zweideutigkeit- nicht zu verstehen beginnt, dass der Verhandlungsweg über die Anerkennung ihrer Verantwortung und der Entschuldigung bei den Opfern führt, wird eine politische Aussöhnung schwierig zu erreichen sein.